



Botschaft in Ankara. Foto: Tumay Berkin (Keystone)

Mühlen von Geert Wilders und dessen Freiheitspartei gewesen.

Der Rechtspopulist ist in den letzten Wochen in den Umfragen nach Monaten der Führung auf den zweiten Platz hinter die Rechtsliberalen von Mark Rutte zurückgefallen. Mehr als 15 oder 16 Prozent schienen für den Rechtspopulisten in der stark fragmentierten politischen Landschaft der Niederlande zuletzt nicht mehr drin. Die traditionellen Christdemokraten, proeuropäische Liberale und Grünlinks hatten zuletzt Auftrieb bekommen.

Der Eklat mit Erdogan ändert auf der Zielgeraden die Dynamik. Abgesehen von Geert Wilders stellten sich gestern fast alle Parteien hinter den Kurs der Regierung in Den Haag. Sieht Geert Wilders

seine Felle davonschwimmen? Der Rechtspopulist twitterte gestern im üblichen Stakkato: «Wir haben eine fünfte Kolonne in den Niederlanden, und die muss raus.» Wessen Loyalität woanders liege, solle gehen, schrieb er an die Adresse der türkischstämmigen Diaspora im Land. «Schluss mit doppelter Staatsbürgerschaft, Grenzen dicht», so Wilders per Kurznachrichtendienst.

Recep Tayyip Erdogan wollte Geert Wilders ein Wahlkampfgeschenk machen. Mark Rutte konnte das nicht zulassen und musste den starken Mann herauskehren. Etwas, was dem eher konfliktscheuen Regierungschef nicht liegt. Die Türken hätten ihren Stolz, die Niederländer aber auch, sagte der 49-Jährige gestern. So einfach ist manchmal Politik.

EU-Mitgliedschaft

## Kandidatenstatus mit Verfallsdatum

Die Türkei ist Nato-Mitglied und verhandelt mit der EU über den Beitritt. Doch wie lange noch?

Stephan Israel  
Brüssel

Noch ist die Türkei formell EU-Beitrittskandidat. Sollte Präsident Erdogan nach dem Eklat um türkische Minister aber nur einen Teil seiner Drohungen gegen die Niederlande umsetzen, dürfte es mit dem Status schnell vorbei sein. Derzeit ist der Streit zwischen den Niederlanden und der Türkei vor allem eine bilaterale Angelegenheit. Die EU ist schliesslich nicht zuständig für Fragen der öffentlichen Sicherheit in einzelnen Mitgliedsstaaten oder für die Einreisebewilligung für wahlkämpfende Politiker. Ein Grund, weshalb eine gemeinsame europäische Position zum Streitthema fehlt.

Hinzu kommt, dass neben den Niederlanden nur noch Deutschland, Frankreich, Österreich und vielleicht noch Belgien eine grössere türkische Diaspora haben. Die grosse Mehrheit der Mitgliedsstaaten ist also vom Konflikt mit der Türkei gar nicht direkt betroffen. Aus Solidarität mit den Niederlanden hat gestern immerhin der dänische Premierminister Lars Lokke Rasmussen ein für diese Woche geplantes Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen in Kopenhagen abgesagt.

Sollte Erdogan niederländische Diplomaten schikanieren oder gar wie ange droht Wirtschaftssanktionen verhängen, würde für die EU jedoch eine neue Lage entstehen. Die EU-Staaten kämen dann unter Zugzwang. Zuletzt hatten die Aussenminister der Mitgliedsstaaten im Dezember entschieden, trotz massiven Angriffen auf Medienfreiheit und Rechtsstaat in der Türkei die Beitrittsgespräche vorerst nicht formell zu suspendieren.

### Todesstrafe als rote Linie

Es sei besser, die Kommunikationskanäle offen zu halten und den Hebel für Reformen nicht aus der Hand zu geben, befand die überwiegende Mehrheit damals. Als rote Linie galt die Einführung der Todesstrafe, mit der Erdogan nach dem gescheiterten Putsch gedroht hatte. Tatsächlich sind aber die Beitrittsverhandlungen auch ohne formelle Suspendierung derzeit praktisch auf Eis gelegt. Zudem hat die EU die finanzielle Unterstützung deutlich zurückgefahren, die der Türkei als Beitrittskandidat eigentlich zustehen würde.

Komplizierter ist die Lage mit Blick auf die Nato-Mitgliedschaft. Die Türkei blieb sogar im Bündnis, als in Ankara die Militärs herrschten. Bisher haben sich in der Allianz die Spannungen nicht auf die Zusammenarbeit ausgewirkt. Erdogan provoziert nur dort, wo er es sich leisten kann. Angesichts der schwierigen Lage an ihrer Aussengrenze und der Sicherheitsgarantien der Allianz braucht die Türkei die Nato mehr als umgekehrt.

# Erdogans langen Arm müssen selbst Schweizer fürchten

Die Spionageaktionen der türkischen Regierung hierzulande gehen weiter als bislang angenommen. Sogar die Universität Zürich ist betroffen.

Barnaby Skinner

Die Bespitzelung von Personen in der Schweiz durch die türkische Regierung geht weit. So weit, dass auch Schweizer davon betroffen sind. Das zeigen Ein- und Ausreisesperren von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern. Sie wurden am Flughafen Istanbul aufgehalten, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet.

Betroffen sind aber nicht nur Doppelbürger. Auch Schweizer Universitäten sind ins Visier der türkischen Spitzel geraten. Ein Doktorand der Universität Zürich sagte dem TA: «Es ist gang und gäbe, dass Leute für die türkische Regierung an Tagungen und Konferenzen erscheinen, um die Teilnehmer zu fotografieren oder aufzunehmen.» Namentlich wollte der Akademiker in der Zeitung nicht erwähnt werden. Er befürchtet, die türkischen Behörden könnten ihm künftig den Zugang zu Archiven verweigern.

Der Doktorand schildert Bespitzelungsaktionen, von denen er persönlich betroffen war: Am 11. Januar erschienen zwei Männer am historischen Seminar bei einer Abendveranstaltung zum Thema Völkermord an den Armeniern. Sie hätten die Besucher systematisch mit dem Mobiltelefon fotografiert.

### Mit der Kamera in der Aula

Noch dreister agierten zwei andere Spitzel einen Monat zuvor während einer Würdigung der Arbeit von Can Dündar, Chefredaktor der türkischen Zeitung «Cumhuriyet». Sie machten kein Geheimnis daraus, dass sie vor allem wegen des Publikums da waren. Einer zückte eine Spiegelreflexkamera. Wohl um die Gesichter noch besser anzuvisionieren. Während der gesamten Veranstaltung sass er auf dem Balkon der Aula und knipste einen Besucher nach dem anderen ab. Ein Handybild des türkischen Spitzels, das ein Besucher der Ver-

anstaltung von ihm geschossen hat, liegt dem TA vor.

Akademiker sind überzeugt: Über jeden, der zur Türkei, zur Kurdenfrage oder zum armenischen Genozid forscht, wird in Ankara eine Fiche angelegt. Egal woher er kommt. Ein anderer Doktorand der Universität Zürich mit türkischen Wurzeln sagt: «Das Klima wird immer vergifteter.» Er fürchte sich mittlerweile davor, etwas Erdogan-kritisches auf Facebook zu veröffentlichen. «Den Türkei-Spitzeln entgeht nichts.»

Er habe Bekannte, die bei der Ferienreise in die Türkei ihren Pass verloren hätten. Auch der zweite Doktorand wollte namentlich nicht genannt werden. Seine Eltern leben in Istanbul, und er befürchtet, sie könnten selbst dann

## Sie fotografierten einen Besucher nach dem anderen.

darunter leiden, wenn er aus der fernen Schweiz die Regierung kritisiere.

Es sind alles Hinweise darauf, wie gut das türkische Spitzelsystem in der Schweiz ausgebaut ist. Eine mutmasslich zentrale Figur dieses Systems ist Ergin Yilmaz. Er ist Imam und Stiftungsrat der Türkisch-Islamischen Stiftung für die Schweiz mit Sitz in Oerlikon. Ihr sind mehr als fünfzig Schweizer Moscheen angeschlossen. Er amtierte letztes Jahr unter anderem als stellvertretender Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Bern.

Yilmaz verfasste im Oktober einen Bericht zur angeblichen Bedrohung durch die Fethullahistischen Terrororganisation (Fetö) in der Schweiz. Adressat: die türkische Regierungspartei

AKP in Ankara. Yilmaz berichtete über verdächtiges Verhalten einiger Besucher seiner Moschee in Oerlikon und dass die Fetö in der Schweiz jährlich zwei Millionen Franken einnehmen würde. Die Entwicklung sei gefährlich. Laut der Türkei steckt die Fetö hinter dem Putschversuch vom vergangenen Juli.

### Racheaufruf via Facebook

Yilmaz hat keine Hemmungen, seine politischen Ansichten über Facebook mitzuteilen. Zwischen Familienfotos und Bildern von Ausflügen an den Rheinfall mit AKP-Delegationen aus der Türkei empfiehlt er auch Inhalte, die zu Gewalt aufrufen. Etwa einen Blogbeitrag vom 26. September 2016. «Habt kein Erbarmen mit den Putschisten. Sie werden unsere Rache spüren!» Es ist nur ein Like auf Facebook, aber doch erstaunlich für einen Mann wie Yilmaz. Er gibt an, als Imam stets zu predigen, dass schon die Tötung eines einzelnen Menschen ein Verbrechen an der ganzen Menschheit sei.

Derweil wächst im Parlament in Bern der Unmut über die offenbar gross angelegten Bespitzelungsaktionen durch die Türkei. Alex Kuprecht, Schwyzer SVP-Ständerat und Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation, kündigte in der «NZZ am Sonntag» an, Fragen dazu in der nächsten Sitzung als dringlich zu traktandieren: Soll die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts auf politische nachrichtendienstliche Aktivitäten ein Ermächtigungsgesuch stellen? Kann sie dann ein Strafverfahren eröffnen?

Ergin Yilmaz wird die Bundesanwaltschaft zumindest wegen seines Berichts kaum etwas anhaben können. Als zwischenzeitlicher Angestellter der türkischen Botschaft geniesst er Immunität. Vielleicht sind die Chancen bei jenen türkischen Spitzeln grösser, die regelmässig an Veranstaltungen der Universität Zürich auftauchen.

## «Ausländische Politiker haben nicht das Recht, Gewalt auf die Strassen Zürichs zu tragen»

Mario Fehr (SP), der Zürcher Sicherheitsdirektor, spricht sich gegen jeden weiteren Abstimmungsauftritt des türkischen Ministers Mevlüt Cavusoglu aus.

### Mit Mario Fehr sprach Lorenzo Petró

Sie sind erleichtert, dass der Besuch des türkischen Aussenministers abgesagt wurde. Doch was, wenn eine weitere Anfrage für einen öffentlichen Auftritt kommt?

Ich bin sehr erleichtert, weil der kurzfristig angesetzte Auftritt eines türkischen Regierungsmitglieds eine akute Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gebracht hätte. An dieser Einschätzung wird sich nichts ändern, zumindest bis das Referendum in der Türkei über die Bühne gegangen ist. Im Gegenteil: Je näher diese Abstimmung rückt, desto hitziger und gewalttätiger dürften die Auseinandersetzungen werden.

Warum diese kritische Haltung der Zürcher Regierung? Beim Bund beruft man sich auf die Redefreiheit und will kein Präjudiz schaffen für eine Bewilligungspflicht von Auftritten ausländischer Politiker.

Wir sind für die öffentliche Sicherheit im Kanton Zürich verantwortlich. Der Auftrittsort des Aussenministers war bis zuletzt nicht klar, ebenso nicht, in welcher Form dieser Auftritt stattfinden sollte und wer sich sonst noch vor Ort befin-

den würde: ein Albtraum! Wir mussten aus nachvollziehbaren Gründen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen rechnen zwischen regierungsnahen und regierungskritischen Gruppierungen.

Demonstrationen von Kurden werden alle paar Wochen erlaubt. Und am 1. Mai gibts auch einen Umzug, obwohl mit Ausschreitungen zu rechnen ist. Wo ist der Unterschied? Das ist eine ganz andere Gefährdungslage: Hier geht es um den Auftritt eines türkischen Regierungsmitglieds in der Schweiz inmitten eines heftig umstrittenen Verfassungsreferendums. Das löst ganz andere Emotionen aus! Sehen Sie nur, was in ganz Europa in diesen Stunden passiert. In Holland werden Polizisten mit Blumentöpfen beworfen. Das will ich hier in Zürich nicht. Ausländische Regierungsmitglieder haben nicht das Recht, politische Auseinandersetzungen, die mit Gewalt verbunden sind, auf die Strassen Zürichs zu tragen.

Eine Veranstaltung mit dem AKP-Funktionär Hursit Yildirim wurde in der Stadt Zürich verboten, in Spreitenbach abgelehnt, worauf der



Mario Fehr  
Der Zürcher Regierungsrat (SP) ist seit 2011 Vorsteher der Sicherheitsdirektion.

Mann in Opfikon beim türkischen Unternehmervorstand sprach. Die Veranstaltung mit 40 Teilnehmern verlief völlig harmlos. Woher die Panik?

Das war eine geschlossene Veranstaltung im kleinen Kreis ohne Teilnahme einer Person, die völkerrechtlich geschützt werden musste.

Sie loben in Ihrer jüngsten Mitteilung die gute Zusammenarbeit mit dem Bund. Diese scheint aber nicht ganz so reibungslos verlaufen zu sein: Das Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA) sieht keine Gefährdung der inneren Sicherheit. Es lägen deshalb keine Gründe für ein allfälliges Verbot des Besuchs von Mevlüt Cavusoglu vor, beschied es. Deshalb sind Sie in Bern vorstellig geworden. Fühlten Sie sich im Stich gelassen?

Nein, wir hatten von Anfang an eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Jeder hat seine Verantwortung wahrgenommen. Der Bund ist für die Diplomatie zuständig. Wir im Kanton Zürich für die Sicherheit der Menschen, die hier leben.

Im Nationalrat wird die Pflicht zur Bewilligung von ausländischen Rednern an politischen Veranstaltungen diskutiert. Unterstützen Sie den Vorstoss?

Grundsätzlich ja, diese Frage muss jetzt vertieft geprüft werden. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass wir diesbezüglich eindeutig Klärungsbedarf haben - nicht nur in der Schweiz.